

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

27 (2.7.1948)

# WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - W O C H E N S C H R I F T

Nr. 27 — 3. Jahrgang

Konstanz/Bodensee, den 2. Juli 1948

Ausg. D Preis — 50 Deutsche Mark

neuer Preis — 50  
Monats-Abonnement DM 2,30

## Widersprüche

Der Woche nach dem ersten Schock ist eine weitere mit einem viel schärferen gefolgt. Geld und Kredit — das ist heute die Frage. Nach dem System Zuckerkandl und Petzsch gläubt man die deutsche Wirtschaft ausleben zu können. Man gab ihr ein neues Geld mit der Behauptung, es sei besser als das alte, aber man nahm ihr praktisch das gesamte Kreditpolster, oder besser, man gab ihr neues Geld, und nahm ihr dafür das alte Geld. Man gab ihr eine Steuerermäßigung, die nicht einmal so groß ausgefallen ist wie erhofft, aber man gab vorher die Löhne zum Auftrieb frei und erhöhte durch den Zwang zum Wechsel die Kosten der Betriebe. Man baute eine Wirtschaft von Guthaben und flüssigen Mitteln auf — Schichten um.

Wieder sagt sich — Schichten um. Wieder sagt sich — Schichten um. Nach heute haben die Privatbanken zum Teil überhaupt kein Geld, um auch den schlechtesten Kreditansprüchen zu genügen. Man hat das Verbot des Personalkredits zwar gelockert, aber nur um einen lächerlich geringen Betrag (500 M) als Kontokorrentkredit zu genehmigen und diesen noch mit der Auflage, daß er nur zu produktiven Zwecken aber nicht zum Konsum ausgegeben werden darf. Auf der anderen Seite beginnt man bereits erheblich aufzublähen. Man hat den Krankenkassen einen Kredit von 5 Milliarden zur Verfügung stellen müssen, um ihre Tätigkeit nicht völlig erlöschen zu lassen. Man hat aber vor allem an heutigen Tagen den Beamten 70 Prozent ihrer Bezüge anverhaftet. Was man an der produktiven Seite spart, gibt man an der unproduktiven aus. Kein Betrieb ist in der Lage, um diese Monatsende 70 Prozent seiner Gehälter zu zahlen, aber hier sind Menschen am Werk, die produktiv schaffen. Nur um einer sozialen Gefahr zu begegnen, nicht um wirtschaftlichen Gründen, mußte man sich im Rahmen der Entschieden, auf Schwächeln der Be-

# Nur der Wechsel - ist beständig

Rechnungen für Leistungen vor und nach dem 20. Juni — Berlin: Schlechteres Geld verdrängt das bessere Rohstoffkontingente von Behörden zur Wirtschaft? — Die neuen Steuerbilanzen und die Bestandsaufnahme Steigende Löhne . . . in Raten! — Gesetz 52 und Geldreform — Wir antworten auf Anfragen

Geldmäßig mit der Fülle von Anfragen, die in der abgelaufenen Woche — sei es im Rahmen unserer Wirtschaftsbeurteilung, sei es in Briefen — bei uns eingingen, wollen wir auch Fragen beantworten, die sich davon unabhängig bei der Prüfung des Dritten Gesetzes zur Währungsreform als vorrangig erweisen.

Der Beschaffung der nötigen Betriebsmittel — der ersten Frage auf dem von uns als Wirtschaftsbeurteilung hinausgehenden Blatt — gilt nach wie vor, das besondere Interesse weckender Kreise, wenn nicht der gesamten in der Wirtschaft tätigen Bevölkerung. Das inzwischen veröffentlichte Dritte Währungs-gesetz ergibt in seinen § 1, daß alle Unternehmen, die mehr als 50 Arbeitnehmer beschäftigen, auf Antrag den Gesamtbetrag ihrer Altgeldschulden, auf 10% abgewertet, in D-Mark umgerechnet erhalten. Nun sind die Ansichten darüber geteilt, ob damit auch der gesamte neue Betrag zur freien Verfügung der Unternehmen steht. Eine juristische Untersuchung darüber wollen wir hier unterlassen. Wir sind ein großer Teil der Wirtschaft stehen auf dem Standpunkt, daß über den Gesamtbetrag kein Verzicht werden darf. Die Landesbanken sind der Ansicht, daß nur die Hälfte vorläufig frei verfügbar werden kann, über die andere Hälfte vertritt in 90 Tagen (ohne unsere Stellungnahme dazu in unserem nächstehenden Leitartikel). Folgen wir unserer Auffassung, um deren Durchsetzung jetzt der Kampf geht.

Hat danach ein Unternehmen mit mehr als 20 Angestellten und Arbeitern Reichsmarkschulden in Höhe von 100 000 Mark auf der Bank, dann kann es jetzt über 10 000 Mark frei verfügen. Von diesem Betrag geht indessen ab, was das Unternehmen bereits als Geschäftsbetrag erhalten hat, das ist das Geld, das auf Grund des § 17 des ersten Währungs-gesetzes mit 60 Mark im Umtauschverhältnis 1 zu 1 für jeden Arbeitnehmer nach dem 20. Juni ausbezahlt wurde. Wer auf Grund dieses Paragraphen bereits vorletzte Deutsche Mark erhalten hat, darf seine auf 10% abgewerteten Reichsmarkschulden dem gleichen Betrag ausmachen, der bekommt nichts mehr. Wenn nun aber der ursprüngliche Geschäftsbetrag höher ist als 10% der Reichsmarkschulden, dann entsteht keine Schuld des betreffenden Unternehmens bei der Bank, sondern nur ein solches Konto bei der Bank ausgerechnet. Es tritt hier also dieselbe Herkunft ein, wie bei dem Kaufvertrag, den jeder Deutsche am 20. Juni erhalten hat. Greifen wir unser Beispiel zurück und setzen wir voraus, daß das Unternehmen 100 Arbeitnehmer hat, dann hat der Unternehmer 6000 Mark als Geschäftsbetrag bekommen; es stehen ihm also nur noch 4000 Mark zur Verfügung. Hat das Unternehmen aber bei gleichem alten Reichsmarkbestand 200 Arbeitnehmer und somit 12 000 Mark als Geschäftsbetrag erhalten, dann ist das Konto glatt und das Unternehmen bekommt nichts für diesen scheinbar oft einströmenden Fall, wenn die Banken den Gegenwert von den Landeszentralbanken erhalten.

Für viele Unternehmen ist also auch nach der Freigabe der auf 10% abgewerteten Bankguthaben immer noch nicht das Problem gelöst, wobei sie die Mittel zur Bezahlung der Löhne und Gehälter mitbringen müssen, zumal da der Geschäftsbetrag ja dann sowieso nicht verwendet werden sollte. Es bleibt hier nur neben dem Verkauf von Warenbewilligungen der Weg über den Kredit. Die Gewährung von Personalkredit war den Banken zunächst verboten. Dieses Verbot ist inzwischen gelockert worden. Die Privatbanken dürfen jetzt den Unternehmen einen Kontokorrentkredit bis zu 500 Mark einräumen. Das ist für Großbetriebe nicht verwandt, für die kleinen, insbesondere aber, daß damit ein gewisser Ausgleich für die ungeliebte härtere Bestimmung des § 13 des Dritten Währungs-gesetzes geboten sein soll, der in der für Unternehmen über 20 Arbeit-

nehmer die freie Verfügung über die abgewerteten Bankguthaben verfügte. Die kleinen Unternehmen, vor allem die Handwerker, die ja meist weniger als 20 Arbeiter beschäftigen, können sich nun wenigstens dieses Personalkredits bedienen. Allerdings ist dieser Kredit teuer. Die Zinsen dürfen sich um 5-10% bewegen. Der andere Kreditweg heißt Wechsel. Auch dieser Kredit wird ziemlich teuer werden. Der Diskontsatz bei den Zentralbanken ist auf 3% festgesetzt (Lombardrate 6%). Die Privatbanken werden nach unseren Informationen für den Wechselkredit zwischen 1 und 2% nehmen. Dazu kommt die neue Wechselsteuerrate in einer Höhe von 1,5% für das Dreimonatskredit. Die höheren Vorschriften über Bonität und Ausstattung sind noch nicht heraus, ergeben sich aber zum Teil schon aus den Bankgesetzen,

die für die einzelnen Zonen vor 2 bzw. 1 Jahr erlassen wurden. Grundsätzlich wird auch der Zweimonatskredit-Wechsel anerkannt, wenn er ein echter Warenwechsel ist. Im allgemeinen aber will man auf einen Drei-Monatskreditwechsel hinaus. In der heute zu Ende gehenden Woche ist von Wechsel noch wenig Gebrauch gemacht worden. Nur im Fuhrgebiet mußten vor allem die Betriebe der Schwerindustrie Solawechsel akzeptieren, um die Mittel für die Löhne zu erhalten.

Damit ist die finanzielle Seite der zweiten unserer Fragen geklärt. Es bleibt über die Lohn- und Gehaltszahlungen nur noch zu beantworten, was wir in diesen Tagen oft gefragt worden sind:

1. Immer noch bestehen Unklarheiten wegen des § 5 des ersten Währungs-gesetzes. Wir hatten in der vor-

igen Nummer die amtliche Auslegung wiedergegeben und gehofft, damit alle Anfragen befriedigt zu haben. Es war dem aber nicht so. So müssen wir hier noch einmal feststellen, daß alle Gehälter, die höher in einem Betrieb im Juni als im Juni in voller Höhe in D-Mark ausbezahlt werden müssen. Hat ein Betrieb in Abminderung der Währungsreform etwa am 15. Juni zum Beispiel die Hälfte des Gehältes in RM ausgezahlt, dann war dies ein Vorbehalt, also eine Reichsmarkforderung an die Angestellten und ist damit auch genau so der Abwertung unterworfen wie alle anderen Reichsmarkforderungen. In diesem Falle muß also der Betrieb am 20. Juni die Gehälter voll in D-Mark zahlen und kann davon 10% des Betrags abziehen, das er in RM als Vor-schuld gezahlt hat.

2. Die Anfragen über die Höhe der Löhne und Gehälter beantworten wir zunächst juristisch und dann wirtschaftlich. Juristisch hat jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen Lohn in D-Mark in gleicher Höhe wie vorher in Reichsmark. Erscheint ein solcher Lohn oder solches Gehalt dem Unternehmer nicht mehr tragbar, dann bleibt ihm das Kündigungsrecht, das im § 27 des Dritten Währungs-gesetzes, vor allem für langfristige Arbeitsverträge wesentlich gemildert wurde. Bis zum Kündigungszeitpunkt besteht ein Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf die alten Bezüge in D-Mark. Wirtschaftlich, also praktisch wird dies in vielen Fällen nicht möglich sein. Viele Arbeitsverträge sind infolge der Knappheit an Arbeitskräften und reichlich vorhandener Geldmittel auf überhöhte Löhne und Gehälter lauten, werden einer Korrektur unterzogen werden müssen. In solchen Fällen bleibt, wenn man die Bezüge noch vor dem Kündigungszeitpunkt beibehalten will, nur der Weg der freien Vereinbarung. Es ist praktisch, daß Betriebsrat und Unternehmer sich zusammensetzen und an Hand der neuen finanziellen Mittel neue Bezüge festzusetzen. Dies kann sich vor allem dann auswirken, wenn durch eine zu hohe Belastung des Betriebes durch Löhne und Gehälter die Existenz des Unternehmens gefährdet ist. In diesen Fällen sind die letzten Tagen Lohnverhandlungen besonders wichtig. Schon in der vorigen Ausgabe wissen wir auf einen Fall hin, dem sich jetzt noch andere Fälle anschließen werden. In einem Fall handelt es sich um eine Rückwirkung vom 1. Mai 1948 ab, die würde bedeuten, daß die Arbeitnehmer für die Zeit vom 1. Mai bis zum 20. Juni einen Anspruch auf RM haben, der im Verhältnis 1:10 abzuwerten ist und bei der nächsten Lohn- und Gehaltszahlung in DM ausgezahlt werden müßte. Der § 18 Abs. 1 Ziffer 1 kann nicht anders sein.

## Hinweise auf die nächsten Termine

Unter diesem Titel will die Wirtschaftsrevue den Leser in Fragen betonen, die von ihm zwar nicht an und gerichtet wurden sind, von denen wir wissen oder vermuten können, daß sie in der Wirtschaft bereits erörtert werden. Gleichzeitig soll an dieser Stelle laufend an Termine erinnert werden, die nicht vergessen werden dürfen.

Wir beginnen mit den Terminen. Der wichtigste ist auch der zeitlich nächste. Nur noch bis zum 10. Juli 1948 kann der Schuldner von einem Liefervertrag zurücktreten. Wir sind an anderer Stelle auf die rechtliche Seite dieses Rücktrittsrecht eingegangen und beschränken uns daher nur noch darauf, zu bemerken, daß gemäß § 17 des ersten Währungs-gesetzes mit 60 Mark im Umtauschverhältnis 1 zu 1 für jeden Arbeitnehmer nach dem 20. Juni ausbezahlt wurde. Wer auf Grund dieses Paragraphen bereits vorletzte Deutsche Mark erhalten hat, darf seine auf 10% abgewerteten Reichsmarkschulden dem gleichen Betrag ausmachen, der bekommt nichts mehr. Wenn nun aber der ursprüngliche Geschäftsbetrag höher ist als 10% der Reichsmarkschulden, dann entsteht keine Schuld des betreffenden Unternehmens bei der Bank, sondern nur ein solches Konto bei der Bank ausgerechnet. Es tritt hier also dieselbe Herkunft ein, wie bei dem Kaufvertrag, den jeder Deutsche am 20. Juni erhalten hat. Greifen wir unser Beispiel zurück und setzen wir voraus, daß das Unternehmen 100 Arbeitnehmer hat, dann hat der Unternehmer 6000 Mark als Geschäftsbetrag bekommen; es stehen ihm also nur noch 4000 Mark zur Verfügung. Hat das Unternehmen aber bei gleichem alten Reichsmarkbestand 200 Arbeitnehmer und somit 12 000 Mark als Geschäftsbetrag erhalten, dann ist das Konto glatt und das Unternehmen bekommt nichts für diesen scheinbar oft einströmenden Fall, wenn die Banken den Gegenwert von den Landeszentralbanken erhalten.

Den zweiten Termin, auf den wir unser Leser hier aufmerksam machen wollen, ist der 28. Juli 1948. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Wertpapiere, die Reichs gegen das Reich, die NSDAP, gegen Reichsbank und Reichspost (vor dem 3. Mai 1945) gegen die Reichsbank und die Kriegsförderungsgemeinschaften des Dritten Reiches verbriefen, bei einer Bank anzunehmen. Bekanntlich sind alle diese Papiere wertlos (§ 14) — man hat den Me-Fo-Wechsel diese Schulden schon oft vorausgesetzt. Wenn der Anleihepflichtige sogar in unmittelbarem oder mittelbarem Besitz dieser Papiere ist, dann muß er sie gleichzeitig mit der Meldung auf einem Sperrkonto bei dem Kreditinstitut hinterlegen, wo er die Anmeldung vornimmt. Obwohl die Wertpapiere wertlos sind, ist die Anmeldung doch notwendig, weil im Rahmen der in einigen Monaten kommenden Lastenmindernde Entscheidungssprüche angemeldet werden können. Versteht man über diese Anmeldung, dann kann beim kommenden

Lastenausgleich beim Anspruch auf Restante für diese Papiere Anspruch werden. Da viele Betriebe noch im Besitz von solchen Papieren sind, empfiehlt es sich also, sofort die entsprechende Meldung unter Abgabe der Stücke zu machen; spätester Termin: 24. Juli 1948.

Der dritte Termin, dessen Beachtung wir unsern Lesern warnen aus Herz legen wollen, ist der 30. Juni 1948. Er trägt also auch die Bezeichnung des 30. Juni als stichtag. Aber er hat in zweierlei Richtung eine besondere Bedeutung. Jeder Betrieb hat bis zum 30. Juni ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, das dem Finanzamt einzureichen ist und wofür er für sich selbst noch einmal genau festlegen, was in seinem Betrieb am 30. Juni in Arbeit war. Die Reichsliste des § 18 erfordert es, daß jeder Betrieb weiß, welche Leistungen er am 30. Juni in dem stützenden Halb- oder Fertigfabrikaten hat. Insbesondere bei Werkverträgen ist eine ganz genaue Schätzung notwendig, damit es hierüber nicht zu Streitigkeiten und Prozessen kommt. Der Zeitpunkt liegt noch nicht so weit zurück, daß man dieser Anforderung nicht entsprechen könnte. Jeder Unternehmer sollte also zu rekonstruieren versuchen, in welchem Fortland sein Betrieb sich am 30. Juni befunden hat und vielleicht die Auftragsliste der Aufträge, die über diesen Termin im Betrieb liefen, mit einem entsprechenden Vermerk versehen.

Die Vermögensaufstellung für den Finanzamt gibt also eine gute Anregung, den Betrieb noch einmal am 30. Juni zu rekonstruieren. Wir haben bereits in der vorigen Nummer unsere Leserinnen geraten, sich auf diese Bestandsaufnahme vorzubereiten und möchten an den Anfang dieser Darstellung die gleiche Mahnung stellen, wie in der vorigen Ausgabe. Bei den jetzt abgehenden Erklärungen und Aufstellungen keinen Vermögensgegenstand auslassen. Der Begriff der tätigen Reue ist allen bekannt. Gibt man jetzt Vermögensgegenstände an, die bisher verschwiegen waren, dann gilt dies als tätige Reue, und die Möglichkeit einer Steuerstrafe entfällt — abgesehen von der in der vorigen Nummer erwähnten Abmilderungsmöglichkeit.

Nun wollen wir feststellen, daß drei verschiedene Aufstellungen für die Zeit um den 30. Juni zu machen sind: 1. müssen alle Personen, die nach dem Währungs-gesetz (also nicht nach dem HGB) verpflichtet sind, Bücher zu führen oder Aufstellungen zu machen, eine körperliche Bestandsaufnahme durchführen. 2. müssen die Minderkaufleute und die Volkkaufleute eine Schuldenvermögensübersicht zum 30. Juni und 3. dieselbe Gruppe eine Anfangsvermögensübersicht für den 30. Juni aufstellen. Diese drei Aufstellungen wollen wir nun im einzelnen durchgehen.

1. Die körperliche Bestandsaufnahme: Der Kern der dazu

verpflichteten Personen ist groß. Es gehören hierher nicht nur alle Kaufleute und Minderkaufleute, sondern auch alle Handwerker, alle freien Berufe, Ärzte usw. Praktisch alle, die nicht löstenerpflichtig sind. Diese müssen mit dem Stichtag vom 30. Juni ein Verzeichnis ihres betrieblichen Vermögens einschließlich aller land- und forstwirtschaftlichen Bestände anlegen. Dabei müssen in diesem Verzeichnis über jedes Gut gewisse detaillierte Angaben enthalten sein. Also Lagerort, Zustand, Herkunft, Größe usw. Unserer Leser sollten sich am besten an den Wortlaut des § 2 des Artikels 9 und machen sich ein entsprechendes Tabellenraster, in das sie das alles eintragen können. Das Verzeichnis ist von dem Verpflichteten zu unterschreiben. Eine Zeichenschrift ist dem zuständigen Finanzamt bis zum 21. Juli einzureichen. Dieses dem Finanzamt eingereichte Verzeichnis gilt als Steuererklärung im Sinne der Steuer-gesetze, damit auch die Beweislast in diesem Punkt. Dieses Verzeichnis enthält keine Bewertungen in RM oder DM. Es ist oben nur eine Bestandsübersicht. Darin sind Schulden oder andere Belastungen nicht aufzuführen.

2. Über diese körperliche Bestandsaufnahme hinaus müssen Minderkaufleute und Volkkaufleute noch zwei andere Übersichten machen: Steuerpflichtige, deren Gewinne nach § 4 Absatz 1 oder nach § 5 des Einkommen-steuer-gesetzes ermittelt werden, so heißt es weiterhin. Praktisch sind es also alle Kaufleute und alle Geschäftsführer. Diese müssen auf den Tag vor dem Stichtag der Währungsreform, also auf den 18. Juni, eine Schlussvermögensübersicht — Schlussbilanz genehmigen — aufstellen. Für die Bewertung dieser Vermögensgegenstände gelten die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Sie ist damit praktisch eine Gültige steuerrechtliche Bilanz nur zu einem unüblichen Termin. Die Aufstellung dieser Bilanz war notwendig, weil mit dem Tage der Währungsreform ein neuer Vermögenszeitraum beginnt.

3. Es ist ferner auch einzuwenden, daß die dritte Übersicht eine Anfangs-Vermögensübersicht sein muß, die auch Überleitungsbilanz genannt wird. Für diese Bilanz sind besondere Bewertungsvorschriften erlassen worden. Alle durch die Währungsreform abgewerteten Beträge sind mit dem neuen Wert anzusetzen, d. h. Werte, die durch die neuen Währungs-gesetze völlig gestrichen sind, wie Reichsmark, Me-Fo-Wechsel usw. oder bei den Banken die Guthaben bei den Landeszentralbanken werden überhaupt nicht mehr angesetzt. Selbstverständlich können dann auch der Passivseite besondere Rückstellungen für diese Beträge mehr gemacht werden. Die Bankguthaben der Betriebe werden entsprechend ihrer Abwertung, also zu 10% angesetzt. Das Gleiche gilt für

## Abbau der Deckung?

Die Währungsreform wurde von den Alliierten beschlossen und auf ihre Veranlassung durchgeführt und zwar nach dem von amerikanischen Sachverständigen vorbereiteten Plan. Die deutschen Sachverständigen hatten, abgeschlossen von der Öffentlichkeit, die möglichen Auswirkungen studiert und bereits die Vorläufige internerneinseitig diese einen Niederschlag in den Gesetzesverordnungen fanden, ist im Augenblick nicht bekannt.

Der Finanzminister des amerikanischen Militärgouvernements General Clark Jack Bennett, erklärte bekanntlich u. a., daß, nachdem Deutschland kein Gold und auch kein Silber in neuem Wertesumme Umlauf besitzt, die Deckung des neuen Geldes hauptsächlich in der Produktionskraft der Westzonen besteht. In dem Sinne dieser Ansicht einer Autorität der Weltmacht, wird man künftig der Entwicklung dieser Produktionskraft in Westdeutschland, das ist der Deckung der neuen deutschen Währung, besondere Beachtung schenken. Je mehr man also die deutsche Produktionskraft stützt und einsetzt, umso besser für die deutsche Währung. Im Augenblick scheinen jedoch noch vor der Währungsreform erlassene Befehle in Kraft zu sein, die dieses Ziel nicht berücksichtigen und somit u. U. den Erfolg der Währungsreform, die eine Gesundung der deutschen Wirtschaft herbeiführen soll, schwer gefährden können. Nach Änderungen britischer Stellen soll mit einem baldigen Abbau von Maschinen in der Eisenindustrie und der Wälmittelherstellung zu rechnen sein. Von britischer Seite wird man in diesem Zusammenhang den deutschen Stellen eine Verschleppungsaktive vor, die man nicht ohne weiteres hinnehmen kann. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister erließ in einem Telegramm 25

den Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Einpruch gegen den Abbau von Maschinen. Die Düsseldorfer Arbeiter der Gutehoffnungshütte, die durch den Ausfall der dortigen Produktion des Bergwerksprogramms gefährdet werden, Anzeichen der ernstlichen Beteiligung der Betriebsbelegschaften, die Anfang der Woche mit 300 000 1 Tageslohnung einen absoluten Nachschubbedarf: er reicht hat und von der man allseits erwarten würde, daß sie nicht nur gehalten werden würde, sondern auch ein gewisses Ausmaß für die ein-gangs erwähnte Deckung der neuen deutschen Währung.

## In dieser Nummer:

- D-Markationslisten
- Preis- und Wirtschaftsreform vorzüglich Die blockierte Millionenstadt
- Statistika nach den Wahlen
- Normalisierung im franz. Einzelhandel
- Estafette Metallhüte
- Wichtige Termine
- 10. Juli: Richtfest
- 16. Juli: Umsturzversuch
- 23. Juli: Bestandsaufnahme
- 28. Juli: Anwendung von Forderungen an das Reich
- 10. August: Einkommenssteuer — Abschlagzahlung
- Erläuterungen im Text







# Südafrika nach den Wahlen

### Englandfeindlichkeit der Nationalisten — Mögliche Lösung aus dem Sterlingblock

Von unserem Londoner Korrespondenten

Weder in der südafrikanischen Union noch in Großbritannien hätte man die Wahlniederlage des großen Staatsmannes General Smuts erwartet. Um so überraschender fragte man sich daher nicht nur im britischen Common Wealth, welche Ursachen der Pfründewahl in der südafrikanischen Politik hat und welche Konsequenzen sich für die Haltung Südafrikas vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ergeben. Die erste Antwort darauf lautet, daß der eigentliche Anlaß für den politischen Stimmungsumschwung durch den Kern der Wahlsprache, das Für und Wider einer fortschrittlicheren Behandlung der Eingeborenen gekennzeichnet wird.

In Südafrika leben rund 2,3 Mill. Weiße und ungefähr 10 Mill. Farbige. Die weiße Bevölkerung setzt sich aus 1,3 Mill. Briten, 750.000 Buren und 300.000 Juden zusammen. Der wirtschaftliche Einfluß der britischen Bevölkerung in Südafrika ist jedoch wesentlich größer als aus diesem Zahlenverhältnis zu entnehmen ist. Der größere Teil der Burenbevölkerung sitzt auf dem Lande und sieht sein Ideal darin, soviel Land zu besitzen, daß man „des Hais des Nachbarn nicht am Horizont sieht“. In den Städten befindet sich die Burenbevölkerung vielfach in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der englisch-sprechenden Bevölkerung. Eine Gruppe von 400.000 Buren wird als die Klasse der „armen Weißen“ bezeichnet, deren Lebensbedingungen zwar besser als die der Farbigen sind, die jedoch „unter der Brotlinie“ da, unter dem für Weiße in Südafrika als angemessen betrachteten Lebensstandard liegen.

#### Rassenfragen im Vordergrund

Aus dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit eines großen Teiles der Buren erklärt sich ihre von europäischen Standpunkt her nur als „reaktionär“ zu bezeichnende Einstellung zu den Farbigen und ihre Forderung, daß den Eingeborenen nicht ständig erweiterte Rechte zugestanden werden sollen. Andererseits hat die Zubilligung von übrigens sehr bescheidenen „Rechten“ für die Eingeborenen durchaus ihre wirtschaftliche Ursache, denn der Arbeitermangel in den Bergwerken Südafrikas und in der Industrie, die ständig Fortschritte macht, veranlaßt die Heranziehung von eingeborenen Kräften, die naturgemäß daraus gewisse Forderungen ableiten. Ihre wichtigste Forderung ist das Recht auf Wohnstätten. Hier jedoch streben sich die Buren anerkennen, die Konsequenzen zu ziehen. Der Wahlkampf, der zum Siege der Nationalisten unter Vorsitz des 74jährigen Nationalistenführers, Dr. Malan, führte, ist in der Forderung nach „apartheid“ zusammengefaßt. Eingeborene, die in den Städten und den Stadtgebieten der Weißen als Arbeitskräfte gebraucht werden, sollen dort nicht stellungsberechtigt sein, sondern nur begrenzte Aufenthaltserlaubnis für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses erhalten. Sie sollen auch ihre Familien nicht mitbringen können. Kurzum, man will ihnen nur die „Rechte“ von Wanderarbeitern zubilligen.

Die Forderungen des Eingeborenenproblems sind durch einen umfassenden Bericht des von der Regierung eingesetzten Fagan-Ausschusses zusammengefaßt

wurden. Angesichts der Tatsache, daß rund ein Viertel der Eingeborenen bereits in Städten leben, daß ihre Zahl dort ständig wächst und daß die für Eingeborene vorgesehenen „Reservate“ längst überbevölkert sind, veranlaßt den Fagan-Ausschuss, die Theorie der „apartheid“ als völlig unbrauchbar abzulehnen. Statt dessen werden ähnliche Eingeborenenreservate mit einem kleinen Maß an Selbstverwaltung, jedoch unter ständiger Aufsicht, vorgeschlagen. Auch der schwer tragbare Zustand, daß Eingeborene in den Städten ständig eine Vielzahl von Anträgen über ihre Beschäftigung, über das Recht, sich außerhalb ihrer Arbeits- und Wohnstätten zu bewegen, über erfolgreiche Steuerzahlungen usw. bei sich tragen müssen, sollte nach Vorschlag des Ausschusses beseitigt werden. Statt dessen wurde eine Identitätskarte mit Fingerabdruck oder Photo vorgeschlagen. Die wichtigsten Beschränkungen für die Eingeborenen z. B. auf ungelernete Arbeit und die viel kritisierten Mängel an Ausbildungsmöglichkeiten, Weiterentwicklung der politischen Rechte usw. sollten jedoch auch nach diesem „fortschrittlichen“ Bericht weiterbestehen.

Es ist sicherlich kein sehr gutes Zeichen für den politischen Geist in der Union, daß selbst eine derart begrenzte Ausdehnung der Eingeborenenrechte im Wahlkampf eindeutig abgelehnt worden ist, wobei übrigens die Vermutung nahe liegt, daß nicht nur die Burenbevölkerung, sondern auch ein Teil der englisch-sprechenden Weißen sich den unpopulären Wahlparolen von Dr. Malan angeschlossen hat. Die Forderung nach englischen Krediten, daß man sich ein Rückfall zum Sklaventum in Südafrika bevorzugen, ist sicherlich nicht übertrieben. Man darf dabei allerdings nicht die erwähnten Sorgen vor allem der unbesitzenden Weißen in Südafrika übersehen, eine proletarisierte Schicht, die sich vor der Konkurrenz der ihnen physikalisch überlegenen Eingeborenen fürchtet.

#### Lockerung des Verhältnisses zu England

Doch neben diesen Rassenfragen interessiert in Europa, was sonst der Untersuchung in Südafrika, vor allem wirtschaftlich und politisch, bedeuten könnte. Die Englandfeindlichkeit der südafrikanischen Nationalisten dürfte sich nur nicht in einem Abbruch der Beziehungen um eine Zuwendung von georgienischen Krediten aus England auswirken. Wie weit von europäischen Kontinenten später eine Zuwendung ins Auge gefaßt wird, ist ebenso unklar wie die Ansicht von Malan, seine früher geäußerten Absichten in die Tat umzusetzen, eine republikanische Verfassung für Südafrika zu schaffen und das Verhältnis zu Großbritannien ähnlich locker zu gestalten, wie dies nach dem vorigen Krieg von trischen Preußen her geschah.

Wirtschaftlich interessiert man sich in London vor allem für zwei mögliche Auswirkungen des Wahlergebnisses, eine Verschärfung der Einfuhrbestimmungen für britische Waren und eine etwaige Lösung Südafrikas aus dem Sterlingblock. Ein formelles Ausscheiden aus dem Sterlingblock wird allerdings in London vorerst nicht erwartet. Als ein

voll gültiges Mitglied des Sterlingblocks wird Südafrika schon seit einiger Zeit in der Londoner City nicht mehr betrachtet. Denn Ende 1947 hörten die Goldverschiffungen der aus dem Ausland produzierten Union auf. Statt dessen wurde England ein Golddarlehen im Werte von 50 Mill. Pfd. Sterl. für die Dauer von drei Jahren mit einem Zins von 4 v. H. zur Verfügung gestellt. So willkommen England dieser bereits weitgehend ausgenutzte Goldkredit für die Überbrückung des Defizits in der britischen Zahlungsbilanz ist, so verkennt man doch nicht, daß Südafrika sich praktisch in ein Hartwährungsland verwandelt hat, zumal auch im Laufe dieses Jahres eine Reihe von Beschränkungen gegen die Zuwendung von Fluchtkapital aus England ergriffen werden sind. Man kann heute sagen, daß Südafrika sich die volle Freiheit über die Verwendung seiner Goldproduktion vorbehält, obwohl noch immer etwa 45 v. H. des Goldmineertrags in britischer Hand sind.

#### Gute Absatzchancen für Europa

Die praktische Folge dieser Freiheit ist, daß die USA nach dem Krieg den ersten Platz unter den Lieferanten Südafrikas an Stelle von England eingenommen haben. Sie werden sicherlich auch unter Ausnutzung ihrer Investitionsstärke bemüht sein, diese führende Stellung unter den Lieferanten Südafrikas zu halten. Der hohe Lebensstandard der südafrikanischen Oberschicht läßt sie sich an amerikanischen Massenluxus, wie Kühlschränke, Rundfunkgeräte, Kraftwagen usw. sehr interessiert erscheinen. Bei anderen Verbrauchsgütern, wie z. B. Textilien, steht jedoch der betonte europäische Geschmack der weißen Bevölkerung einer zu starken Ausweitung der amerikanischen Lieferungen im Wege. Hier verbleiben nicht nur für England, sondern auch für Kontinentaleuropa recht günstige Absatzchancen bei allerdings sicherlich scharfem Konkurrenzkampf auf diesem ohne wegen seiner Zahlungsmittelknappheit so gesuchten südafrikanischen Markt.

Die Eigenindustrie Südafrikas hat sich durch die zwangsweise Beschleunigung der Industrialisierung im Kriegs- und dem Fortschritt seitdem sehr verbessert. Dies gilt vor allem für Metallprodukte aller Art, obwohl die südafrikanische Stahlindustrie den Bedarf trotz Ausweitung nicht voll decken kann. Auch die Fertigungsindustrie, etwa für landwirtschaftliche Geräte, kann daher vorerst nur einen Teil der Nachfrage befriedigen. Für die Textilindustrie hat sich während des Krieges Südafrika als „Exportierland“ angeboten, dessen Qualität jedoch, gemessen an den Preisen, als unzulänglich gelten. Japan dagegen, das schon vor dem Krieg seine billigen Textilien auch nach Südafrika sandte, dürfte infolge der kräftigen Investition, die seiner Textilindustrie durch die amerikanischen Besatzungsmächte zuteil wird, bald wieder als Wettbewerber auch in Afrika auftreten. Inwiefern die indische Textilindustrie erneut dort Fuß fassen wird, dürfte allerdings nicht ohne Zusammenhang mit der Behandlung der indischen Minderheit in Südafrika im Rahmen der eingangs geschilderten Rassenpolitik der Nationalisten sein.

# Stickstoffmangel in der Welt

Man kann erwarten, daß der Stickstoffbedarf während der nächsten 5 Jahre um nicht weniger als 7% Jahresbedarf ansteigen wird, schreibt die „Times“ nach einem Halbjahresbericht der Firma Akman (London), Ltd.

Diese Schätzung ist konservativ gehalten, führt die „Times“ fort, da der Stickstoffverbrauch nach dem Krieg 1914-18, als zahlreiche neue Ackerflächen der Bearbeitung zugeführt wurden. In den folgenden 28 Jahren um eine Durchschnittszunahme von ungefähr 7% pro Jahr anstieg. Jetzt, bei weicher neuem Land, das während der nächsten 5 Jahre der Kultivierung zugeführt werden kann, und der dringenden Notwendigkeit einer größeren Produktion aus den vorhandenen Ländern mit viel Gewißheit eine intensive Düngung vorgenommen werden, so daß die Bedarfzunahme, wenn die Lieferungen erheblich wären, sehr wohl auf über 7% pro Jahr steigen würde.

Der Bericht gibt geschätzte Weltbedarfszahlen für die nächsten 5 Jahre an, zusammen mit geschätzten Produktionszahlen, wobei neue Fabriken und bereits geplante Erweiterungen aller Fabriken schon in Ansatz gebracht sind. Die in der nachfolgenden Tabelle gegebenen Zahlen bedeuten Tonne-Tonnen reines Stickstoff (1 Meiser-Tonne = 1000 kg).

Jahr	Geschätzter Bedarf	Geschätzte Produktion	Defizit
1947-48	2.350.000	2.710.000	360.000
1948-49	2.473.000	2.890.000	380.000
1949-50	2.729.000	2.980.000	330.000
1950-51	2.989.000	2.745.000	330.000
1951-52	3.260.000	2.885.000	430.000
1952-53	3.555.000	2.975.000	580.000

Die Zahlen für Bedarf und Produktion schließen nicht Rußland, die russische Zone Deutschlands und Korea ein.

#### Rußland hat australische Wolle

Melbourne. Bei der letzten Auktion in Brisbane wurde rund ein Drittel des Preises zu außerordentlich hohen Anboten für Rußland angekauft. Einmütig wird erklärt, daß bei den meisten Auktionen das russische Interesse ungewöhnlich hoch gewesen sei.

# Normalisierung im französischen Einzelhandel

In Frankreich hatte der Einzelhandel während der inflationistischen Erscheinungen und während der Mangelwirtschaft recht günstige Zeiten zu verzeichnen. Der öffentliche Geschäftsgang führte dazu, daß zahlreiche neue Geschäfte gegründet wurden. Allerdings war die Eröffnung neuer Einzelhandelsfirmen bis Ende 1945 durch Gesetz verboten. Nach Aufhebung dieser Bestimmung erfolgten jedoch viele Neugründungen, die mit 300.000 angegeben werden und die die Zahl der schon vor dem Krieg bestehenden 600.000 Einzelhandelsgeschäfte ganz bedeutend erhöhten. Dabei sollen schon 1939 viele inhaber nicht mehr auf ihre Kosten gekommen sein.

Für die seit Ende 1945 neugegründeten Firmen ist die Lage natürlich noch viel schwieriger. Viele der seitdem entstandenen neugegründeten Firmen konnten sich bisher nur infolge der Mangelwirtschaft und durch Schwarzhandel über Wasser halten.

In den letzten Monaten hörte man, daß der Geschäftsgang im Einzelhandel sich allgemein verschlechtert hat, da das Publikum nicht mehr geneigt ist, Waren um jeden Preis zu kaufen. Selbst im Schuh- und Textilhandel ist eine Schmäpfung der Umsätze beobachtet worden. Andererseits wird neuerdings das Wiederschließen der Abkühlungsgeschäfte, die während der Kriegs- und Nachkriegszeit völlig verschwunden waren, bemerkt. Sie kommen naturgemäß in erster Linie beim Ankauf von Möbeln und größeren Haushaltsartikeln in Betracht.

Dieser Absatzerückgang im französischen Einzelhandel bedeutet ein Zeichen

# Bulgarien rationalisiert

Sofia. Bulgarien, das seine Industrie verstaatlicht hat, ist jetzt gerungen, Rationalisierungen vorzunehmen und eine Reihe von Unternehmen zusammenzulegen, um seine Produktion rentabel zu gestalten. So sollen 123 Hüttenbetriebe zu 80 Großbetrieben, 294 Tuchfabriken zu 123 Betrieben, 231 Schafwollverarbeitungsbetriebe zu 90 und 295 Betriebe der Lebensmittelindustrie zu 100 Betrieben zusammengelegt werden. Durch diese Maßnahme wird die Zahl der Industrieunternehmen sich um 80 % verringern. Nach den aufgestellten Berechnungen werden sich die Kosten dieser Zusammenlegungen auf rund 1300 Mill. belaufen, doch rechnet man bereits als Folge dieser Maßnahmen mit einer Einsparung von 750 Mill. Lewas in einem Jahr.

#### Produktion und Außenhandel

Sofia. Die Industrieproduktion erreichte im Vergleich zur Vorkriegszeit eine Erhöhung um fast 20 %. Der Produktionswert betrug 1947 16 Mrd. Lewas gegenüber 12,5 Mrd. im Jahre 1946 und 12 Mrd. im Jahre 1939. In der chemischen, Raumaterialien-, Holz-, Papier- und Textilindustrie wurde der Arbeitsplan fast zu 100 % erfüllt. In der Eisen-, Metall- und Lebensmittelindustrie konnte infolge des beträchtlichen Rohstoffmangels das gesteckte Ziel nur zu 65 % erreicht werden. Die Tabak-, Gummi- und Lederindustrie erfüllte den Plan zu 100 %. Kohle wurde im Werte von 692 Mill. Lewas gegenüber 385 Mill. im Jahre 1939. Erz im Werte von 40 Mill. Lewas (1939: 21 Mill.) und Elektroenergie im Werte von 1236 Mill. Lewas (1939: 576 Mill.) produziert.

#### Rekordernte erwartet

Sofia. Nach dreijähriger Dürre erwartet man in diesem Jahre eine Rekordernte, so daß Bulgarien nicht nur seinen eigenen Lebensmittelbedarf vollkommen decken, sondern noch einen Exportüberschuß erbringen können wird. Bulgarien braucht dringend landwirtschaftliche Maschinen, die es gegen Lebensmittel von Großbritannien austauschen will.

# Normalisierung im französischen Einzelhandel

Die Erzeugung von Personennwagen liegt dagegen noch um die Hälfte zurück. Im Mai 1948 produzierte Frankreich insgesamt 16.257 Automobile, im Vormonat April 17.199, der Monatsdurchschnitt des Jahres 1947 stieg sich auf 11.434, des Jahres 1946 auf 8.505 und des Jahres 1938 auf 10.950 Stück.

Die im Mai dieses Jahres hergestellten Lastkraftwagen wurden mit 6250 bestellt, im April erreichten sie 6244. Der Monatsdurchschnitt stellte sich bei der Lastwagenproduktion im Jahre 1947 auf 5.365, 1946 auf 5.209 und 1938 auf 3.200 Stück. Personennwagen wurden im Mai mit 2.566 hergestellt, im Vormonat April 4.021, im Monatsdurchschnitt 1947 5.523, im Monatsdurchschnitt 1946 3.236 und im Monatsdurchschnitt 1938 15.200 Stück.

Während im Mai dieses Jahres 109 Spezialfahrzeuge und Traktoren gefertigt wurden, waren es 1938 monatlich 470. Ganz beträchtlich erhöht sich die Herstellung von Gesellschaftsautos, deren Produktion im Mai mit 332 angegeben wird, im letzten Vorkriegsjahr 1938 jedoch nur mit 70.

Der Produktionsindex wurde bei der Autoherstellung für Mai mit 88,3 berechnet (1938 = 100), für April mit 104,2, für das Jahr 1947 mit 74,8 und für 1946 mit 62,7.

#### Rückläufiger Banknotenumlau

Der französische Banknotenumlau zeigt eine sinkende Tendenz. Am 17. Juni stellte er sich auf 794,7 Mrd. Frs. gegenüber 797,5 Mrd. Frs. am 16. Juni und 929,8 Mrd. Frs. am Jahresende 1947.

#### Der Anlauf des Monnet-Planes

Der französische Wiederaufbau wird besonders, wie einzeln mehrfach berichtet, durch die Verwirklichung des Monnet-Planes gefördert werden. Der Plan ist im Jahre 1947 in Kraft gesetzt worden und über seine Ergebnisse liegen jetzt einige Zahlen vor. Wesentlich ist, daß der Monnet-Plan inzwischen ein Teil des gesamten europäischen Wiederaufbauprogramms geworden ist und zwar im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan, der die westeuropäischen Länder vorerst engsten Zusammenhalt verpflichtet. Der Marshall-Plan ist für die Abwicklung des französischen Wiederaufbaus heute insofern von besonderer Bedeutung, als er die Finanzierung der im Monnet-Plan vorgesehenen Wiederaufbauarbeiten erleichtert. Die nachstehende Zusammenstellung unterrichtet über die bisher erreichten Erfolge bei seiner Durchführung im Jahre 1947.

Jahresprogramm	Erreichte Prozente	Spezialerlöse in % d. Progs.
Kohlenförderung (1947) 9 88,8	97,3	88
Elektrizitätserzeugung (1947) 10 85,1	85,1	100
Metallindustrie (1947) 11 83,3	83,3	84
Geldindustrie (1947) 12 82,5	82,5	42
Zementindustrie (1947) 13 81,7	81,7	47
Aluminiumindustrie (1947) 14 81,7	81,7	47
Metallurgische Industrie (1947) 15 81,7	81,7	47
Chemische Industrie (1947) 16 81,7	81,7	47
Textilindustrie (1947) 17 81,7	81,7	47
Lebensmittelindustrie (1947) 18 81,7	81,7	47
Landwirtschaft (1947) 19 81,7	81,7	47
Handel (1947) 20 81,7	81,7	47
Transport (1947) 21 81,7	81,7	47
Wohnbau (1947) 22 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 23 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 24 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 25 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 26 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 27 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 28 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 29 81,7	81,7	47
Wirtschaft (1947) 30 81,7	81,7	47

Während des letzten Krieges wurde nicht nur ein neuer Hafen in der Hauptstadt Monrovia gebaut, sondern in der Nähe von Marshall auch ein moderner Flugplatz angelegt. Für ihren Clipperdienst benutzt die Pan American Airways für über 5 Mill. Dollar eine transatlantische Station. Ein großer Teil der ältesten Flug- und Nachschubkräfte ist während der Kriegs- über Liberia, das im Januar 1944, Deutschland ebenfalls den Krieg erklärt hat, gegangen.

# Englands Exportkosten steigen

London. Sir Stafford Cripps gab vor kurzem im Unterhaus zu, daß es unweigerlich wäre, daß Großbritannien 1948 sehr viele seine Zahlungseverpflichtungen in die übrige Welt am Ende des Jahres 1948 auszubalancieren. Die Berechnungen der Regierung sind durch die fortwährende Steigerung der Importpreise über den Haufen gewachsen worden. Die Exportpreise sind nicht zu einer gleichen Höhe angestiegen, und es sind die „Handelsbedingungen“ für das Land schlechter geworden.

Wenn 10% für die Fracht- und Versicherungsleistungen, die in den Handelsbedingungen für Importe enthalten sind, abgezogen würden, sagte er, würde der Unterschied zwischen dem Wert der Waren, die während der vier Monate Januar bis April importiert und exportiert wurden sind, 187 Mill. Pfund betragen, verglichen mit einer entsprechenden Zahl für die letzten vier Monate des Jahres 1947 und dem ersten vier Monaten des Jahres 1948 gewesen. Das Defizit (nach Abzug von 10 % von den Handelszahlen für Importe, um die zuzurechnenden Kosten frei Schiff zu erhalten) wurde von 160 Mill. Sterling auf 187 Mill. Sterling verringert. Auf unser Überschuß zwischen dem Sterlinggebiet und der übrigen Welt wurde zur gleichen Zeit von 43 Mill. Sterling auf nichts vermindert.

Die Vorkriegsrate der Regierung haben sich als falsch erwiesen, weil sie keinen bedeutsamen Wechsel in unseren Handelsbedingungen voraussetzte. Aber in Wirklichkeit sind die Exportpreise hinter den Importpreisen zurückgeblieben. Sir Stafford dachte, daß wir mitten in einem Preisanstieg zu, bis jetzt noch nicht vollendeter Aussicht auf Stabilisierung sein müßten. Der beherrschende Faktor wird der indische Preisstand in den Vereinigten Staaten sein.

Sir Stafford verweltierte, legendenähnliche Zahlen über den Abfluß von unseren Gold- und Dollar-Reserven seit dem ersten Viertel des Jahres zu geben, aber die April, sagte er, brachte nicht unerhebliche Überraschungen. Wenn die Preise fortwähren ansteigen, werden wir wahrscheinlich die Importe kürzen müssen.

#### Stärke Kohlenförderung

London. Nach den vorläufigen Ziffern, die das zurückgeleitete Ministerium am 23. 4. bekanntgab, betrug die Förderung aus Untergraben 3.919.000 t und die aus Tagebauen 4.191.000 t, was eine Gesamtmenge von 8.110.000 t ergibt. Das sind 8.000 t weniger, als die Förderung in der ersten Woche des Juni betrug, und 13.000 t weniger als in der Woche, die mit dem 13. Juni endete. Der Anstieg ist also auf die geringere Förderung der Gruben zurückzuführen, während die Überlager-

#### Stahl für den Export

Die englische Stahlproduktion im Mai war, bei einer Jahresrate von 13,3 Mill. t, trotz der Pfingstferien nur um ein Geringes weniger als der Rekord im April. Die hohe Stahlproduktion in den ersten vier Monaten des Jahres hat die Stahlverarbeitende Industrie in die Lage versetzt, ihre Exporte zu ausweiten, und diese Induzieren sollen für nahezu die Hälfte des Wertes der Gesamtexporte. Um ihre Endziele für 1948 zu erreichen — wird in der letzten statistischen Veröffentlichung der Eisen- und Stahlindustrie gesteckt —, werden es ungefähr 1,9 Mill. t Fertigstahl benötigen. Das sind 650.000 t über der Menge, die im Jahre 1947 für Exporte verbraucht wurden, und mehr als das Doppelte der Zahl für 1938. Die Steigerung in der Gesamtmenge des begehrten Fertigstahls ist gleichbedeutend mit fast 400.000 t Rohstahl. Bei dem gegenwärtigen Produktionsumfang glaubt die Verleiturung, daß „wenig Zweifel darüber besteht, daß die Extramenge bereitgestellt werden kann.“ Der hohe Stand einer Stahlproduktion ist notwendig, um das Ringen, was die guten Exportresultate der Maschinenindustrie, Fahrzeugindustrie, der Industrie elektrischer Güter und anderer stahlverarbeitender Industrien beinhalten. Gummi, Leder und andere Zubehörtartikel beeinflussen ihre Leistungen ebenfalls.

#### Arbeiter ihre besten Leistungszahlen seit Ende-Mai zustande gebracht

Am 12. Juni gab es 282.260 Vor-Ort-Arbeiter, 200 mehr als in der vorhergehenden Woche. In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres betrug die Zahl 288.700. Die Abwesenheitsrate war ebenfalls höher als im Jahre 1947 — 10,33 % für alle Arbeiter während der Woche, die mit dem 12. Juni endete, gegenüber 9,58 % im Juni 1947. Die Schichtförderung pro Mann war gleichwohl besser — 1,95 t in der Woche, die mit dem 12. Juni endete, verglichen mit 1,89 t in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres.

#### Wäre das eines der Dinge, denen wir Aufmerksamkeit zuwenden müssen?

In bezug auf den Handel mit der westlichen Hemisphäre (dem Dollar-Laden) konnte Sir Stafford auf den Fortschritt zwischen den letzten vier Monaten des Jahres 1947 und dem ersten vier Monaten des Jahres 1948 hinweisen. Das Defizit (nach Abzug von 10 % von den Handelszahlen für Importe, um die zuzurechnenden Kosten frei Schiff zu erhalten) wurde von 160 Mill. Sterling auf 187 Mill. Sterling verringert. Auf unser Überschuß zwischen dem Sterlinggebiet und der übrigen Welt wurde zur gleichen Zeit von 43 Mill. Sterling auf nichts vermindert.

Die Vorkriegsrate der Regierung haben sich als falsch erwiesen, weil sie keinen bedeutsamen Wechsel in unseren Handelsbedingungen voraussetzte. Aber in Wirklichkeit sind die Exportpreise hinter den Importpreisen zurückgeblieben. Sir Stafford dachte, daß wir mitten in einem Preisanstieg zu, bis jetzt noch nicht vollendeter Aussicht auf Stabilisierung sein müßten. Der beherrschende Faktor wird der indische Preisstand in den Vereinigten Staaten sein.

#### Wäre das eines der Dinge, denen wir Aufmerksamkeit zuwenden müssen?

In bezug auf den Handel mit der westlichen Hemisphäre (dem Dollar-Laden) konnte Sir Stafford auf den Fortschritt zwischen den letzten vier Monaten des Jahres 1947 und dem ersten vier Monaten des Jahres 1948 hinweisen. Das Defizit (nach Abzug von 10 % von den Handelszahlen für Importe, um die zuzurechnenden Kosten frei Schiff zu erhalten) wurde von 160 Mill. Sterling auf 187 Mill. Sterling verringert. Auf unser Überschuß zwischen dem Sterlinggebiet und der übrigen Welt wurde zur gleichen Zeit von 43 Mill. Sterling auf nichts vermindert.

#### Stärke Kohlenförderung

London. Nach den vorläufigen Ziffern, die das zurückgeleitete Ministerium am 23. 4. bekanntgab, betrug die Förderung aus Untergraben 3.919.000 t und die aus Tagebauen 4.191.000 t, was eine Gesamtmenge von 8.110.000 t ergibt. Das sind 8.000 t weniger, als die Förderung in der ersten Woche des Juni betrug, und 13.000 t weniger als in der Woche, die mit dem 13. Juni endete. Der Anstieg ist also auf die geringere Förderung der Gruben zurückzuführen, während die Überlager-

# Eurafrikas Metallbasis

Afrika — der natürliche Ergänzungsraum der europäischen Wirtschaft

Der Krieg hat das politische und wirtschaftliche Ansehen der Erde so weitgehend verändert, daß sich mit Notwendigkeit die Frage nach dem künftigen Zusammenspiel der wirtschaftlichen Kräfte stellt, die es auszusprechen erstreckt, daß wieder anzuknüpfen, um 1939 die weltwirtschaftlichen Pläne im Lichte des Kriegsausbruchs rufen.

Der Krieg hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Ländern zweifelsfrei gestärkt. Da England in seinem Weltreich gewisse Ebenen zu verzeichnen hat, steigt sein wirtschaftliches Interesse an Europa, insbesondere an Westeuropa und hat nur leicht an Afrika, wo es noch bedeutende koloniale Interessen hat. Die kleineren ost- und südosteuropäischen Länder, wie Polen, Jugoslawien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, sowie im Norden Finnland, werden sich auf die Dauer der dynamischen Anziehungskraft der Großmacht im Osten nicht verziehen können. Das wesentliche Interesse muß sich demnach naturgemäß auf den natürlichen Ergänzungsraum der europäischen Wirtschaft, auf das rohstoffreiche Afrika richten.

### Blickführung in der Weltmetallwirtschaft

Bedeutende Druckungen hat der Krieg auf dem Gebiet der internationalen Metallwirtschaft hervorgerufen. Erzeugung und Verbrauch haben teilweise große Verschiebungen erlitten. Gegenwärtig rechnen in der Weltmetallwirtschaft durch

zum normalen Verhältnisse, die Europa in seiner Eigenmacht als metallverarbeitender Kontinent mit nur geringen Möglichkeiten der Eigenzeugung vielfach beanspruchten könnten, besonders wenn man berücksichtigt, daß der größte europäische Metallverbraucher, Deutschland, seit dem Kriegsausbruch nicht in einem für später unbedingt zu erwartenden Anstieg in Erzeugung getreten ist. Gewisse Blockbildungen beginnen sich auch in der Weltmetallwirtschaft abzuzeichnen. Die Vereinigten Staaten, der größte Metallverbraucher der westlichen Hemisphäre, leben schon längst nicht mehr von der Creme ihrer Bodenschätze, wenn auch ihr Metallreichtum, gemessen an europäischen Verhältnissen, immer noch bedeutend ist. Langsam aber sicher sind sie seit der Jahrhundertwende zu einem Zerschmelzgebiet in normalen Zeiten geworden. Das hat heute zur Folge, daß die USA neben der Eigenzeugung an Metallen große Mengen der wichtigsten NE-Metalle hauptsächlich aus den lateinamerikanischen Ländern einführen müssen, die ihr natürliches Ergänzungsgebiet sind.

Diesem großen metallwirtschaftlichen Block steht ein zweiter an der Seite, der sowjetisch-russische. dessen Einfluß bis nach Europa hinstreckt. Die Metallwirtschaft der an Bodenschätzen außerordentlich reichen Sowjetunion steht heute wahrscheinlich da, wo die nordamerikanischen in ihren Pionierzeiten stand. Die vorhandenen Möglichkeiten sind noch

lange nicht ausgeschöpft, während der Metallbedarf dieses riesigen Landes, das beinahe ist, die Industrialisierung seiner Wirtschaft schneller und in einem kürzeren Zeitraum durchzuführen, als dies in Europa und auch in den Vereinigten Staaten in der Vergangenheit der Fall war, unverhältnismäßig rascher steigt als die Erzeugungsmöglichkeit. Die Folge davon ist, daß die UdSSR interessiert ist, sich Versorgungsquellen zu sichern, die sie auch politisch betrachtet und die im Falle eines Konfliktes nicht versagen. Der Ausgang des Krieges hat den sowjetischen Einfluß in Asien bedeutend steigen lassen. Besonders sind in diesem Zusammenhang die reichen Bodenschätze der Mandschurei zu erwähnen, nachdem der japanische Einfluß dort verschwunden ist. Das Gleiche gilt von Korea. In Europa konnte sich der Einfluß der UdSSR in der westlichen Hemisphäre der Union hauptsächlich in der letzten Zeit verfestigen, die in der letzten Zeit zu ausgesprochenen Metallbesitzern der UdSSR wurden. Darunter befinden sich aber Länder wie Polen, Jugoslawien und Finnland, die vor dem Krieg für die europäische Metallwirtschaft von Bedeutung waren, und deren Metallierungen unter den gegenwärtigen Umständen für die westeuropäische Versorgung sehr untauglich geworden sind.

### Metallbasis

Unter diesen Umständen ergibt sich eine natürliche Verbindung zwischen den westeuropäischen Ländern und Afrika auf metallwirtschaftlichem Gebiet, deren Aufgaben der nächsten Zukunft sein sollte. Welche Möglichkeiten hier vor dem Krieg bestanden, ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

In 1000 t nach Met. Ges. für 1939

	Westeuropa *)	Afrika	Degen.
<b>Kupfer</b>			
Bergw. Erz. **)	100,0	30,2	60,8
Erzwinerz	128,1	35,2	47,9
Rohkupf. Verbr.	356,9	5,8	90,9
Reif. Erzeugung	621,4	10,0	716,4
Reif. Verbr.	1098,4	5,0	1083,4
<b>Eisen</b>			
Bergw. Erz. **)	185,4	67,9	348,3
Hüttenverz.	454,7	27,3	422,5
Verbrauch	902,3	8,0	906,6
<b>Zinn</b>			
Bergw. Erz. **)	47,2	34,7	45,1
Hüttenverz.	48,6	10,4	64,3
Verbrauch	73,2	8,0	79,2
<b>Zink</b>			
Bergw. Erz. **)	2,5	17,2	21,2
Hüttenverz.	7,4	1,8	6,1
Verbrauch	62,2	1,4	64,8
<b>Aluminium</b>			
Bergw. Erz. **)	104,5	—	104,5
Aluminiumverz.	317,5	—	317,5
Verbrauch	218,8	8,1	226,9
<b>Zinnblendbedarf</b>			
(Vormaterial bzw. Roh- und Raffiniermetalle)			
Kupfer	—	—	67,4
Eisen	—	—	60,2
Zinn	—	—	24,2
Zink	—	—	6,4
Aluminium	—	—	2,3

\*) ohne Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Finnland, Polen und die Tschechoslowakei. \*\*) Metallbasis.

Zugegeben, daß diese Zahlen nicht sehr genau sind. Sie zeigen einen sehr beträchtlichen Zinnbedarf bei Kupfer, Zink, Eisen und Zinn. Man muß hierbei aber berücksichtigen, daß die Kupfer- und Zinnerzeugung in Afrika in den Kriegsjahren einen Höchststand von 474 458 t erreicht hatte, daß der Zinnbedarf der afrikanischen Zinnerzeugung im Krieg bis auf 34 200 t gestiegen war und die afrikanische Zinnproduktion auf 15 100 t im wesentlichen beinahe Westeuropa einschließlich Deutschland und Afrika, 1939 einen Zinnbedarf von 494 500 t Rohkupfer und 375 000 t Raffinierkupfer. Der Zinnbedarf bei Eisen betrug 161 700 t Metallblech und bei Zinn 40 000 t. In der Zinnerzeugung war jedoch ein Überfluß von 11 600 t vorhanden. Wesentlich ungenügender dürfte sich gegenwärtig die Zinn- und Zinnerzeugung stellen, weil die überschüssigen Zinn-Eisenverbleiben durch den Kriegsausbruch in Polen gefallen sind, und heute im Bereich des Sowjetstaates liegen.

Auf der anderen Seite ist jedoch zu sagen, daß das Jahr 1939 in Europa, zumindest in Deutschland, schon im Zeichen des kommenden Krieges stand, daß also der durch die Statistiken ausgewiesene Verbrauch, nicht als echter Verbrauch zu betrachten ist, weil damals schon die Herstellung von Metallen für den Krieg eine gewisse Rolle spielte. Dieser Umstand dürfte das Bild auch etwas freundlicher erscheinen lassen, schließlich ist noch zu erwähnen, daß Aluminium die große Stärke Europas ist, selbst wenn man den ungenügenden Metallreichtum außer acht läßt. Die westeuropäische Aluminiumerzeugung ist auf Grund der vorhandenen Diversität wesentlich stärker gestiegen. Sie konnte schnell erhöht werden, wenn man die noch vorhandene Kapazität voll auslastet. In Deutschland ist Aluminium in der westeuropäischen Metallversorgung zu schätzen, besonders die Abhängigkeit in der Kupfererzeugung zu mildern.

Daß auf der anderen Seite die afrikanische Metallversorgung nach lange nicht ihre maximale Höhe erreicht hat, steht außer Frage. Afrika ist aber nicht nur ein Kupfer- und Zinnerzeuger von Bedeutung, es verfügt beispielsweise an der Goldküste und in Südafrika über reiche, für die Stahlindustrie wichtige Mangane-

erzorkommen. Über die großen Vorkommen an Industriematerialien, über Phosphate, über Chromerze und Kobaltminerale, über Eisenminerale, über Gold, mit einem Wort, über reiche Möglichkeiten, die heute erst zum Teil vollständig genutzt werden. Im Süden des Kontinents hat sich auf Grund der Kohlenvorkommen bereits eine beträchtliche Industrialisierung durchgesetzt, während Zentralafrika heute noch in der Hauptsache Rohstofflieferant ist. Diese afrikanischen Rohstoffe bilden unverzichtbar eine vorteilhafte Ergänzung für das Gebiet der westeuropäischen Industrie, was durch die Abhängigkeit von europäischen Industrieerzeugnissen werden können. Alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind damit gegeben.

### Pfund soll aufgewertet werden

London, in der Londoner City wurde vorgeschlagen, das englische Pfund zweimal dem Dollar aufzuwerten, um der gestiegenen Tendenz von amerikanischen Markt entgegenzusetzen. Prof. R. G. Hawtrey führt hierzu aus, daß ein Abgeben von der Verknüpfung des Pfundes mit dem Dollar und eine Erhöhung des Pfundes England aus dem jetzigen Schwierigkeitsbereich herausführen könne. Die bestehende Verknüpfung, so erklärte er, sei die Inflationsstendenzen von Amerika nach England über, so daß England sich bei Maßnahmen der USA zur Beweidung der Inflation dem katastrophalen Dilemma gegenübersehen würde, entweder selbst eine entsprechende Devaluation durchzuführen oder eine Herabsetzung des Pfundes gegenüber dem Dollar in Kauf zu nehmen.

### Weltmeinung

# Europapolitik aus West und Ost

### Die Tat

In einem „Die vierde Hand“ überschriebenen Artikel fordert die Schweizer Zeitung „Die Tat“ nach einer Untersuchung der Außenhandelspolitik dieses Landes seit 1939, daß Deutschland jetzt, nach erfolgter Währungsreform wieder zu einem der Hauptlieferanten und Kunden der Schweiz wird. Das Blatt schreibt u. a.:

Deutschland, das vor dem Krieg 25 % der Einfuhr-Güter der Schweiz lieferte, ist 16 % der Exporte abnahm und eine große Anzahl der Feinspinnstoffe, die nach dem Krieg völlig ausfallen. Nun geht es, auf Grund einer normalisierten Währung, auf einer Normalisierung des Export- und Importverkehrs mit Deutschland zu gelangen. „Die politische Waffe der westlichen Deutschland unter USA-Führung bildet, veranlaßt die Befreiung, Verbesserung der Versorgungsplan, Wiederherstellung des internationalen Güterverkehrs. Diese Werke werden für die westliche Industrie und gegen den sozialen Kollektivismus zeigen. Wir aber werden mit Nutzen sein.“ Als Preis habe die Schweiz zwar als Entwertung der schweizerischen Marktpapiere in Deutschland zu zahlen. Der lebendige Verkehr aber sei unendlich wertvoller als Papierguthaben.

Aus der Kotwicklung in Italien, wo es den Vereinigten Staaten nach den Ausführungen der „Tat“ gelang, die Währung zu stabilisieren, den Schwarzhandel auszumitteln und den internationalen Devisenverkehr zu befreien, sieht das Blatt den Schlüssel in Deutschland, woraus das gleiche gelingen. Damit erziele die Währungsreform die natürlichen Abschneider und Lieferländer der Schweiz unter einem glücklichen Vorzeichen.

### Die Industrie

Das Organ der Vereinigung österreichischer Industrieller veröffentlicht einen Artikel von Bundesminister Krausl unter dem Titel „Wirtschaftsfreiheit und Konsumwettbewerb“. Der Frage behandelt, die nach der Währungsreform in Deutschland ebenfalls relevant aktuell sind. In den Ausführungen heißt es u. a.:

Es ist ein großer Unterschied, ob man den Ablauf der Wirtschaft plant, oder die Gestalt der Wirtschaft. Wir sind auch Anhänger einer gewissen Art von Planung, die wir — zur klaren Unterscheidung von der Planung des Wirtschaftsaufbaus — allerdings vornehmlich nach Planwirtschaft, sondern Wirtschaftsentwicklung nennen. Wir verstehen unter der planmäßigen Einfluß auf die Gestalt, die Konstitution unserer Wirtschaft. Eine solche Planung — das heißt sich selbst darstellen — ist nützlich und zweckmäßig. Wir haben uns aber vor der Planung des Wirtschaftsaufbaus, das heißt, wir bilden uns, das heißt auch etwas freundlicher erscheinen lassen, schließlich ist noch zu erwähnen, daß Aluminium die große Stärke Europas ist, selbst wenn man den ungenügenden Metallreichtum außer acht läßt. Die westeuropäische Aluminiumerzeugung ist auf Grund der vorhandenen Diversität wesentlich stärker gestiegen. Sie konnte schnell erhöht werden, wenn man die noch vorhandene Kapazität voll auslastet. In Deutschland ist Aluminium in der westeuropäischen Metallversorgung zu schätzen, besonders die Abhängigkeit in der Kupfererzeugung zu mildern.

# Inflation in China

Verpölet sind neue Gerüchte aufgekommen, daß die chinesische Regierung im Begriff ist, ihre Währung zu ändern. Die Inflation hat den phantastischen Punkt erreicht, an dem die derzeitigen Noten fast wertlos geworden sind. Generalissimo Chiang Kai-shek hat zugegeben, daß die Notensummen Ende März 70 000 Mrd. chinesische Dollars betrug. Das war 3-mal so viel als im Januar, 11-mal so viel als Ende 1946 und nicht weniger als das 50 000-fache der Notizen im Jahre 1937. Die Preise sind weit mehr gestiegen. Zahlen veröffentlicht im „China Economic Review“, zeigen, daß die Lebenshaltungskosten im März in Shanghai das 100 000-fache der Kosten des Jahres 1937 betragen; die Verkaufspreise stiegen 200 000-fach. Niemand wünscht Geld.

Die Regierung fordert die Unternehmer der Unterabteilung ihrer Arbeiter zu den Gestehungskosten selbst zu übernehmen. Nicht nur Produktion und Binnenhandel sind deprimiert; der Verkauf solcher Dinge, die China für Exporteure hat, ist fast vollständig gestoppt. Es kann einfach für China keine Erholung geben, bis die Währung geändert worden ist. Aber die Änderung würde für China selbst nichts Gutes bringen, obwohl die chinesische Regierung das anzunehmen scheint; sie hat darum die Vereinigten Staaten um eine Anleihe von mindestens 75 Mill. Dollar als Rückhalt für eine neue Währung gebeten. Diese Summe würde zu den 115 Mill. Dollar hauseinkommen, die die Amerikaner dieses Jahr bereits liehen, um für

China Importe zu zahlen. All das würde die Inflation nicht stoppen, ehe der Bürgerkrieg beendet ist. Neue Noten müssen nicht, solange die Regierung fortführt, Geld zu drucken, der einzige Weg, ihre Ausgaben einzusparen, der Notwendigkeit wird es schnell fallen wie bei den gegenwärtigen Noten. Wenn der Krieg beendet werden kann, wird es eine Aussicht geben, die Produktion zu steigern und den Haushaltsplan der chinesischen Regierung auszubalancieren. Die Reform der Währung wird dann möglich und notwendig sein; und mit amerikanischer Hilfe könnte die Erholung schnell erfolgen. Aber es hat keinen Nutzen, als ersten Schritt eine neue Währung zu machen.

### Agyptischer Reis für Japan

Tokio. Nach einer amtlichen Mitteilung wird Japan 1948 zum ersten Male seit Kriegsausbruch 45 000 t Reis aus Ägypten importieren und als Bezahlung Mais an Ägypten liefern.

### Argentinischer Peso im Außenhandel

Buenos Aires. Die Zentralbank kauft jetzt im freien Markt Dollars für 4,50 Pesos statt wie bisher für 4,51 Pesos. Dadurch ist eine Entwertung des Pesos im Außenhandel eingetreten. Das englische Pfund ist auf dem freien Markt von 16,17 auf 16,37 gestiegen. Privat werden bereits 5 Pesos für den Dollar geboten, für Pfundnoten werden 19 statt wie bisher 13 Pesos angeboten.

### Antioch Review

Marcel Berger behandelt in einem jüngeren Artikel die russische Europapolitik und kommt zu dem Schluß, daß Rußland im Wirtschaftskrieg der Ost- und Südoststaaten nicht an die Stelle des Westens treten könne. Der Artikel ist insofern aktuell, als er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines Landes, das sich in der letzten Zeit auch in der Krise in Jugoslawien befindet, haben dürfte.

Wieviel Schaden für Europa als Ganzes von einer dauernden Unterbrechung des Güterverkehrs zwischen seiner Ost- und seiner Westhälfte erwachsen könnte, geht aus einer Analyse der Verkehrsverhältnisse und einer Würdigung dessen, was die Sowjetunion den Vasaen wirtschaftlich zu bieten hat, deutlich hervor. Von dem zweiten Weltkrieg führten Ost- und Südwesteuropa ihre Lebensmittelüberschüsse im Austausch gegen Fertigfabrikate und Maschinen nach anderen europäischen Ländern aus. Die jetzigen Sowjetstaaten besaßen zwischen 62 % (Tschechoslowakei) und 87 % (Finnland) ihre Exporte von den USA bzw. den nun in Zeichen des Marshallplans vereinigten Nationen, zudem schickten sie zwischen 42 % (Tschechoslowakei) und 94 % (Finnland) ihrer gesamten Exportgüter nach dem Westen. Andererseits belief sich der Güterverkehr im Rußland noch nicht einmal auf 1 % ihres gesamten Außenhandels.

### La Tribune Economique

In dem Blatt nimmt Frédéric Jozan vor deutschen Währungsreform Stellung und vertritt die Ansicht, daß die Alliierten sich zur Währungsreform entschließen müßten, da nach ihrer Meinung die Durchführung des Marshall-Plans mit der wertlosen alten Reichsmark unmöglich gewesen wäre. Er schreibt:

„Man kann sich jedoch fragen, ob die Maßnahmen der Geldreform zu den gewünschten Resultaten führen werden. Der ganze Plan ist zweifellos ein rein innerkrisenplan. Er erinnert sehr an die russische Geldreform von letzten Dezember, die inspiriert sich an Prinzipien der Lenkung und an solchen des Kollektivismus. Sie bringt die radikale Einseitigkeit der Geldreformer und Bestreben, das Festhalten an den autoritativ verfügbaren Preisen und Löhnen, und endlich schafft sie eine Verzerrung gegenüber den Sparern und Gläubigern... Die an unternehmerischen Defiziten ist außerordentlich brutal.“

Sie will dem Geld wieder einen Wert geben und die Unternehmer zwingen, ihre Verträge zu liquidieren, um Geld zu erhalten. Diese Sorge hat gewisse internationale Charaktere... Sie hat in allen Ländern mit schwachen Währungen zu Maßnahmen geführt, wie die Einschränkung des Kredits. Durch ihre Strenge aber laßt die Deflation Gefahr, Unzufriedenheit und Unruhen hervorzurufen, was die Russen schon erlitten haben... Man könnte sich fragen, ob solche Bedingungen geeignet sind, die politischen zu haben. Aber nach vielen anderen Fragen drängen sich auf. Wird das neue Geld nur wegen seiner Beharrlichkeit bei Preisen und Löhnen gegenüber dem Vertrauen gewinnen, daß diese ihre gestiegenen Waren, deren Diefgang wiederum nicht festsetzt, verkaufen und werden jene ihre Produktion erziehen? Wird gestiegene Ware zum Kaufen da sein, damit sich der Schwere Markt nicht neu bildet und selbst den Kredit der deutschen Finanzwirtschaft gelingen, die Staatsinflation abzuwenden, ohne die durch die Deflation schon so hart getroffenen Schweizer mit unerschütterlichen Banknoten letzten wiederdrücken und wird schließlich der neue Weltmarkt nicht zu hoch sein, um die großen Exporte zu ermöglichen, mit denen die Mitarbeit Deutschlands an der europäischen Wirtschaft ge-

# Norwegische Aluminiumpläne

Die Bestimmungen der Alliierten, die nach dem Zusammenbruch Deutschlands für die künftige Gestaltung der deutschen Industrie erlassen wurden, haben bezüglich des Aluminiums vor, das weitgehend aufgehoben, nun wieder erlassen wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich sehr bald Besprechungen abspielen werden, in die durch den Anstieg der deutschen Erzeugung sich erhebende Lücke einzugreifen, um in der westeuropäischen Aluminiumindustrie eine Verteilungsmöglichkeit gefunden werden müßte. In den südwesteuropäischen Staaten beschäftigt man sich mit sowjetischen Hilfe die größte Aluminiumindustrie Europas auf den reichen Bauxitvorkommen dieser Länder zu entwickeln, und die französische Aluminiumindustrie wollte unter einem Zehnjahresplan ihre Produktion auf nicht weniger als 200 000 t im Jahr steigern.

Während die Durchführung dieser Pläne gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, wenn sie überhaupt durchgeführt werden können, haben die Pläne für eine Produktionssteigerung in dem künftigen Jahr zu erwarten, die im wesentlichen durch die norwegische Aluminiumerzeugung im Hintergrund. In den staatlichen Aluminiumwerken von Aardal soll die Aluminiumerzeugung Mitte dieses Jahres aufgenommen werden. Die Werke von Aardal sind zweifelsfrei ein deutscher Initiative während der Okkupation, Obgleich es bis zum Zusammenbruch Deutschlands nicht in Betrieb genommen werden konnten, waren doch die Werkanlagen in der Hauptsache erstellt und die notwendigen wesentlichen Ausrüstungen bestanden an Ort und Stelle. Als sich die norwegische Regierung zur Übernahme der Werkanlagen in Aardal entschloß, hatte sich nach Überwindung starker Bedenken in Bezug auf die Absatzmöglichkeiten des erzeugten Aluminiums — Norwegen hat nur einen geringen Eigenverbrauch und hat in der Vergangenheit praktisch seine gesamte Erzeugung zur Ausfuhr gebracht — die Überzeugung durchgesetzt, daß im Hinblick auf die reichlich zur Verfügung stehende Wasserkraft und den Anstieg Deutschlands als Erzeuger, kein Risiko bei einer Ausweitung der norwegischen Erzeugung zu befürchten sei. Bei dieser Entscheidung spielte auch die Aussicht eine Rolle, daß die europäischen Verbraucher ihre Bezüge lieber in Kronen als in Dollar beziehen würden.

Die norwegische Aluminiumindustrie hat vor dem Krieg ihren Tonnagebedarf durch Einfuhr gedeckt. Die Ansicht der deutschen Okkupationsmacht ging dahin, während des Krieges diese Einfuhr durch eine entsprechende Eigenzeugung für Norwegen überflüssig zu machen. Sie kam jedoch nicht mehr zur Durchführung. Die Werke in Aardal werden vorerst auf eine Basis eingeführt, die kanadischer Tonerde arbeiten, obwohl man die Ansicht hat, die Tonerdeerzeugung zu einem späteren Zeitpunkt doch noch aufzunehmen. In diesem Zusammenhang ist bereits mit der Aluminium Union Ltd. von Montreal ein Abkommen getroffen worden, das von kanadischer Seite die Lieferung von Aluminium vorsieht. Diese Lieferungen sollen mit in Aardal erzeugten Aluminium bestaht werden. Der Vertrag sieht außerdem die Errichtung einer großen Tonnagefabrik in Norwegen unter kanadischer Mitwirkung vor, deren Kapazität ausreichen soll, den Tonnagebedarf der gesamten norwegischen Aluminiumindustrie zu befriedigen. Vor dem Krieg bestanden in Norwegen die folgenden Aluminiumerzeuger: Die Norske Nitrofabrik „Norsk Aluminium“ mit Anlagen in Eidsvåg und Trondheim (Kapazität 20 000 t), die „Norsk Aluminium Cy“ in Hovengen (Kapazität 1 000 t), die „Vigeland Brug A/S“ in Vigeland (Kapazität 1 000 t), die „Sjangerens Elektriska Fabrik“ in Sjangerens (Kapazität 100 t) und die „Haugvik Metallverk A/S“ in Omland (Kapazität 4 000 t).

Vorort ist in Aardal eine Erzeugung von 12 000 t im Jahr vorgesehen, doch soll sie bis zum nächsten Jahr schon auf 24 000 t gebracht werden. Das bedeutet gegenüber der im Krieg erreichten Erzeugung, die sich 1940 auf 22 000 t, 1941 auf 20 000 t, 1942 auf 20 000 t, 1943 auf 20 000 t und 1944 auf 20 000 t belief, eine beträchtliche Ausweitung der Kapazität, und die notwendigen Bauxitvorkommen der norwegischen Bauxitvorkommen in Bezug auf die Absatzmöglichkeiten waren bisher verhältnismäßig gering. Die Kupfer- und Zinnerzeugung in Afrika in den Kriegsjahren einen Höchststand von 474 458 t erreicht hatte, daß der Zinnbedarf der afrikanischen Zinnerzeugung im Krieg bis auf 34 200 t gestiegen war und die afrikanische Zinnproduktion auf 15 100 t im wesentlichen beinahe Westeuropa einschließlich Deutschland und Afrika, 1939 einen Zinnbedarf von 494 500 t Rohkupfer und 375 000 t Raffinierkupfer. Der Zinnbedarf bei Eisen betrug 161 700 t Metallblech und bei Zinn 40 000 t. In der Zinnerzeugung war jedoch ein Überfluß von 11 600 t vorhanden. Wesentlich ungenügender dürfte sich gegenwärtig die Zinn- und Zinnerzeugung stellen, weil die überschüssigen Zinn-Eisenverbleiben durch den Kriegsausbruch in Polen gefallen sind, und heute im Bereich des Sowjetstaates liegen.

Das Werk in Aardal wird Strömung nicht nach dem Bayer-Prozess arbeiten, der an den Reichhaltigkeit des vorerhaltenen Bauxits besondere Anforderungen stellt, sondern nach dem Podany-Verfahren, das auch die Verarbeitung geringwertiger Bauxite gestattet. H.B.

— Hier abbrechen —

An die Mit Druckverlegerin hankieren

„Wirtschaftsrevue“ Konstanz, Postfach 238

# Bestellschein für einen Prohemonat

Liefen Sie mir/uns die „Wirtschaftsrevue“ Ausg. D

im Monat Juli \*)

I.H. m. monat. Abbestellrecht \*)

zum monatl. Abonnementpreis von DM 2.30

L'ECONOMIE CONTINENTALE (Ausg. F) \*) monat. . . . . DM 1.30

(Frankfurt)

CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E) \*) monat. . . . . 1.30

(Frankfurt)

\*) Nichterfordern des Abbestellrechts



